

## Zukunft des Zahlungsverkehrs: Wettbewerb, Souveränität und Verbraucherfreundlichkeit sichern

März 2025

### ***Hintergrund***

Funktionierende Zahlungsverkehrssysteme bilden eine fundamentale Voraussetzung für den wirtschaftlichen Austausch und das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Wahlfreiheit und Effizienz von Zahlungsverfahren haben nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen, sondern beeinflussen auch den europäischen Binnenmarkt und die digitale Souveränität Deutschlands und der EU.

In den vergangenen Jahren haben sich die Veränderungstrends im Zahlungsverkehr zunehmend dynamisiert. Die Bargeldakzeptanz geht konstant, auch nach der Corona-Pandemie, zurück, während digitale und mobile Bezahlverfahren rasant an Bedeutung gewinnen. Dies gilt in allen Bereichen, vom E-Commerce über den Mobile Commerce bis hin zum stationären Handel.

In diesem Prozess zeigt sich eine zunehmende Dominanz außereuropäischer Zahlungssysteme, die den Wettbewerb sowie die Innovationskraft nationaler und europäischer Anbieter und deren wirtschaftliche Unabhängigkeit herausfordern. Vielmehr ist zu beobachten, dass die erreichten Erfolge nationaler sowie europäischer Regulierung, z. B. von Interbankenentgelten, zurückgedrängt werden und durch das Wachstum anderer Kostenfaktoren und Gebühren strategisch aufgehoben werden.

Diese Entwicklung hat direkte gesellschaftspolitische Implikationen: Sie beeinflusst die Kostenstruktur für Verbraucher und Handel, beeinträchtigt die Transparenz von Gebühren sowie die Datensouveränität und die technologische Autonomie Deutschlands und der EU.

Offene, faire und effiziente Zahlungssysteme sind daher nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Die Bundesregierung in Verbindung mit den europäischen Institutionen sollte sich aktiver als bisher mit der Weiterentwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen befassen, um eine nachhaltige Zahlungsinfrastruktur zu gewährleisten, die sowohl den Verbraucherschutz als auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit fördert.

Ziel dieses Papiers ist es, konkrete Bereiche und Handlungsansätze zur Stärkung nationaler und europäischer Zahlungssysteme aufzuzeigen, um Transparenz, Wettbewerb und Verbraucherfreundlichkeit im Zahlungsverkehr zu verbessern.

## **Handlungsbereiche:**

### Vereinfachung der Interbankentgeltregulierung

Wir wollen für mehr Transparenz bei den Kosten der Zahlungsarten sorgen und setzen uns für eine Überarbeitung der europäischen Regulierung zu Interbankenentgelten, der sogenannten MIF-Verordnung, ein.

Wir streben eine Vereinfachung der Verordnung durch den Einbezug aller Kostenbestandteile und die Einführung von Obergrenzen bei allen Kartenzahlungen an, damit Umgehungen verhindert und der Verbraucherschutz sowie der Wettbewerb gestärkt werden. Zudem sollten die Systemvorgaben dominanter Zahlungssysteme überprüft werden und Handel sowie Verbraucher mehr Einflussmöglichkeiten erhalten, sodass individuelle Absprachen zwischen Zahler und Zahlungsempfänger erleichtert werden.

### Zahlungsdienste auf Marktbedürfnisse ausrichten

Bei den meisten Zahlungsarten können Verbraucher keine fundierte Entscheidung über die Wahl eines Zahlverfahrens treffen, da ihnen die Transparenz über die Kosten fehlt, die sie beispielsweise mit der Wahl von Kreditkarten verursachen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die europäische Regulierung zu Zahlungsdiensten den Beteiligten die Möglichkeit einräumt, anfallende Kosten an die Verursacher weiterzugeben. Zudem sollen Gutscheine und Geschenkkarten auch weiterhin von der Anwendung einer starken Kundensauthentifizierung ausgenommen bleiben.

### Fortentwicklung des nationales Zahlsystem in Verbindung mit der Marketetablierung der Europäischen Payment Initiative EPI

Eine Vielzahl von Unternehmen hat die girocard über Jahrzehnte hinweg durch ihre Akzeptanz und seit einiger Zeit auch durch den kontinuierlichen Austausch mit der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) zum führenden und zugleich effizientesten unbaren Zahlungsmittel entwickelt. Die große Akzeptanz der girocard im Handel kann als Indikator ihres Erfolges sowie als bedeutender Beitrag des Handels zur Stabilisierung des Girokontomodells der ausgebenden Banken in Deutschland betrachtet werden.

Als Produkt der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) ist die girocard ein Zahlungsinstrument unter nationaler Regie, das unabhängig von externen Einflüssen – insbesondere im Kontext aktueller weltpolitischer Entwicklungen – betrieben wird. Angesichts des veränderten Kartenausgabeverhalten einiger Banken zugunsten internationaler Debitkarten ist es jedoch umso dringlicher, die girocard zukunftsfähig weiterzuentwickeln, um sie als starkes nationales Zahlverfahren zu erhalten. Wir unterstützen daher die Bemühungen der DK und der EKS zur Weiterentwicklung der girocard. Wir sind dazu bereit, gemeinsam und kooperativ mit der DK an der Erhaltung und Weiterentwicklung dieses nationalen Zahlungssystems zu arbeiten. Entscheidend ist dabei, dass die Transformation des Handels hin zu digitalisierten Verkaufskanälen durch eine längst überfällige Integration der girocard in den Mobile Commerce und E-Commerce ermöglicht wird.

Solange die Akzeptanzseite nicht als kooperativer Bestandteil der Organisationsstruktur der girocard etabliert ist, muss die DK mit ihren Mitgliedsbanken die Markt- und Wettbewerbsverantwortung tragen, ebenso wie die Verantwortung für Produktentwicklung und entsprechende Investitionen. Dennoch ist dies verbunden mit einer konsequenten Einbeziehung der Akzeptanten und Verbraucher. Neue Gebührenelemente, die die Akzeptanzseite zur Vorfinanzierung zwingt, wären hingegen der falsche Weg.

Neben der nachhaltigen Weiterentwicklung der girocard unterstützen wir zudem in gleicher Weise die Etablierung der europäischen Zahlart wero der European Payment Initiative (EPI) als eine mittelfristige Perspektive für ein gesamteuropäisches Zahlsystem. Auch hier gilt, dass eine nachhaltige Berücksichtigung der Handelsinteressen gewährt sein muss.

#### Potential eines digitalen Euros ausschöpfen

Die Einführung eines digitalen Euros ermöglicht neben geopolitischer Unabhängigkeit auch die Etablierung zukünftiger innovativer Mehrwertdienste. Wir setzen uns dafür ein, bedingte Zahlungen möglichst frühzeitig zu integrieren, um das Potenzial zu sichern. Darüber hinaus sollte sich die Transaktion eines digitalen Euros so nah wie möglich an einer „digitalen Form von Bargeld“ orientieren — ein Höchstmaß an privater Anonymität und praktikabler Handhabung sind essenziell. Eine Kostenbelastung der Akzeptanzseite muss durch Obergrenzen eingedämmt werden. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Akzeptanz ist nicht zielführend.

#### Bargeldnutzung nachfrageorientiert gestalten

Wir müssen akzeptieren, dass Verbraucher immer weniger mit Bargeld zahlen wollen. Eine unbedingte Akzeptanzpflicht von Bargeld ist nicht zielführend und belastet den Handel mit unnötigen und relativ steigenden Kosten. Ein Angebot ohne entsprechende Nachfrage ist nicht nachvollziehbar. Daher wollen wir, dass Kunden dort mit Bargeld zahlen können, wo sie es für notwendig halten.

Wir setzen uns für praktikable Ausnahmeregelungen ein, insbesondere in Bereichen wie der Elektromobilität, in denen ausschließlich digitale Geschäftsmodelle existieren, um einen Kompromiss zwischen Nachfrage und Wirtschaftlichkeit zu erreichen.

Um eine effiziente Bargeldlogistik auch bei sinkender Nachfrage aufrechterhalten zu können, müssen Banken ein Dienstleistungsangebot auch für Gewerbetreibende sicherstellen. Dazu gehören die Bereitstellung von Münzen für Unternehmen und die Möglichkeit, Tagesumsätze einzuzahlen. Zudem müssen die Digitalisierung und Automatisierung der Prozesse vorangetrieben, überflüssige Bürokratie abgebaut und der Markt der Wertdienstleister gestärkt werden.

## Beirat Zahlungsverkehr: Payment verstehen und einfach gestalten

Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Politik für ein effizientes Payment zwischen Verbrauchern und der Wirtschaft sind vielfältig. Dazu ist es notwendig, die Regierung im Hinblick auf die Nutzer — das sind Verbraucher auf der einen Seite sowie Handel und Dienstleister auf der anderen Seite — bei der Umsetzung praktikabler und wirtschaftlicher Zahlungsarten zu beraten. Es gilt, den Interessen der Finanzwirtschaft eine neutrale Stimme zu geben, die beide Seiten des Marktes — Zahler und Akzeptanten — berücksichtigt. Ein Beirat soll die Ministerien beraten und zu einer ausgewogenen Gestaltung der Rahmenbedingungen im Zahlungsverkehr zwischen Privatpersonen und gewerblichen Unternehmen aus folgenden Gründen beitragen:

### **1. Weiterentwicklung nationaler Zahlungssysteme**

Die girocard und Instant Payments sollten nutzerfreundlich ausgebaut und zukunftsfähig gemacht werden. Der Kauf auf Rechnung im E-Commerce sollte erhalten bleiben. Gutschein- und Prepaid-Produkte dürfen nicht durch weitere Regulierung eingeschränkt werden.

### **2. Europäische Zahlungsinitiativen unterstützen**

Neue Lösungen wie Wero (EPI) und der digitale Euro brauchen eine ausgewogene Gestaltung, um Innovation und Wettbewerb zu fördern.

### **3. Mehrwerte im Payment schaffen**

Zahlungssysteme sollten effizienter, sicherer und kundenfreundlicher werden, ohne Unternehmen oder Verbraucher einseitig zu benachteiligen.

### **4. Wettbewerb und Regulierung ausbalancieren**

Der Beirat kann sicherstellen, dass Banken, FinTechs und Händler unter fairen Bedingungen agieren.

### **5. Evidenzbasierte Politikgestaltung**

Wissenschaftliche Analysen und Marktstudien helfen, regulatorische Entscheidungen fundiert zu treffen und Zukunftstrends frühzeitig zu erkennen.

**Fazit: Ein Payment-Beirat stellt eine neutrale Plattform dar, um Ministerien praxisnah zu beraten und den Zahlungsverkehr in Deutschland und Europa innovativ und wettbewerbsfähig zu gestalten.**

---

**Handelsverband Deutschland – HDE – e. V.**  
Ulrich Binneböbel  
Abteilungsleiter Zahlungsverkehr & Logistik  
Tel: 030 – 726250-62  
E-Mail: [binneboessel@hde.de](mailto:binneboessel@hde.de)

**Hotelverband Deutschland (IHA) e. V.**  
Tobias Warnecke  
Geschäftsführer

Tel: 030 – 590099-696  
E-Mail: [warnecke@hotellerie.de](mailto:warnecke@hotellerie.de)

**UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e. V.**  
Christopher-Paul Radtke  
Referent Politik  
Tel: 030 – 755414-425  
E-Mail: [radtke@uniti.de](mailto:radtke@uniti.de)